



Dr.ⁱⁿ Brigitte Leidlmayer, MAS
Vizepräsidentin des LSF für OÖ

... da schafft die Landeshauptleutekonferenz an, die gar nicht in der Verfassung steht ...

Die Vizepräsidentin im Gespräch mit Dr. Hannes Androsch über die Bildungs- und Verwaltungsreform

Herr Dr. Androsch, „der Schweif wedelt mit dem Hund“, so Ihre Diagnose in Bezug auf die Frage, wer in Österreich die realpolitische Macht innehat. Die Länder bestimmen über den Bund in wichtigen Angelegenheiten: „Bei uns schafft die Landeshauptleutekonferenz an, die gar nicht in der Verfassung steht“, so eine Ihrer Diagnosen und wir haben somit eine „mittelbare Bundesregierung unterhalb der Landeshauptleutekonferenz“. Trifft dies in besonderer Weise auf das Bildungswesen zu? Können Sie Ihre Meinung an Beispielen aus dem Bildungswesen und seiner Governance festmachen?

„Meinung“ ist mir da zu wenig, zu unverbindlich. Das ist schlichtweg die große Sorge um die Zukunft unserer Jugend, die mich quält und die mich mit anderen, zukunftsbesorgten Bürgerinnen und

Bürgern unseres Landes, Eltern, Bildungsexperten, sozialen Netzwerken, verantwortungsbewussten Organisationen und dergleichen mehr, dazu veranlasste, 2011 die Initiative zur Gründung des Bildungsvolksbegehrens zu ergreifen.

Das Häferl zum Überlaufen hat die Drohung von Landeshauptleuten gebracht, ihre Zuständigkeit für die Grundschulen auch auf die Bundesschulen ausweiten zu wollen. Das heißt, die Verwaltung aller Schulen, aller Lehrerinnen und Lehrer in der Verwaltungskompetenz der Bundesländer. Da schrillten die Alarmglocken. Das konnte, das durfte nicht sein, denn die bis dahin gemachten Erfahrungen zeigten: die können das nicht!

Einige Beispiele: Bundesländer und Gemeinden geben aktuell allein für die Pflichtschulen 5.5 Mrd. Euro pro Jahr aus. Das ist viel Geld. Auch im internationalen Vergleich. Der Unterschied: Davon kommt weniger als die Hälfte in den Klassenzimmern wirklich an. Zu dieser ernüchternden Feststellung kam der Chefkoordinator der Eurogruppe in Brüssel, Thomas Wieser. Wie ist das möglich? Bringt man die Analysen des Rechnungshofes auf den Punkt, ergibt sich folgende Schlussfolgerung: Durch die ineffiziente Verwaltung vieler Länder.

Ein anderes Beispiel: In den letzten vier Jahrzehnten ist die Zahl der Schüler leicht gesunken, die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen hat sich fast verdoppelt. Dividiert man die Zahl der rund 1,2 Millionen Schüler durch die rund 125.000 Lehrer ergibt sich ein Betreuungsverhältnis von etwas über 9 Schüler pro Lehrer – die Praxis sieht

aber ganz anders aus. Das heißt, viele Lehrerinnen und Lehrer unterrichten nicht, werden wo anders gebraucht, versickern zum Beispiel in der Verwaltung, bezahlt vom Bund.

Das ist Einnahmenezentralismus und verschwenderischer Ausgabenföderalismus. Vom Rechnungshof deutlich kritisiert, von der Regierung akzeptiert. Die Folge: Statt diesen Missbrauch abzuschaffen, der außerdem zu den dramatischen, Zukunft zerstörenden Ergebnissen im Bildungsbereich führt, steht die Forderung nach Erweiterung nach wie vor auf der Tagesordnung. Motto: Mit den Ländern nur nicht verderben. Dagegen anzukämpfen ist dringend notwendig. Der Regierung muss bewusst werden, dass ein unehrliches in die Knie gehen vor den Bundesländern ein Versagen ist, über das Eltern nicht mehr hinwegsehen können. Schließlich beginnt Wirtschaftswachstum und Chancengleichheit in der Vorschule und in den Klassenräumen der Schulen.

Das „Expertenpapier“: „Mehr Freiheit für Österreichs Schulen“ schlägt vor, in Zukunft „Bildungsdirektionen“ der Länder einzurichten, die direkt dem jeweiligen Landeshauptmann unterstehen und einem Bildungsdirektor. Der Bund soll über Gesetze und über ein einzurichtendes Monitoringsystem das Bildungswesen steuern, während die Landesbildungsdirektionen für das Operative zuständig sind: Bestellung von DirektorInnen, LehrerInnenaufnahme, Ressourcenverteilung...

Ist so eine Reform geeignet, Probleme

des derzeitigen Bildungssystems zu überwinden, (ökonomisch) effizienter zu sein und stellt diese einen demokratiopolitischen Fortschritt dar (Stichwort: Auflösung von Verkrustungen, Rückdrängung des parteipolitischen Einflusses, Steigerung der Effizienz und Effektivität des Bildungssystems, Reduktion der Kosten..)?

Sicherlich nicht. Alles was Sie in sorgenvoller Einsicht anführen – von der Verkrustung bis zur mangelnden Effizienz – droht weiter festgeschrieben zu werden. So wollen die neun Herren nach dem neuen Papier „das regionale Bildungsangebot“ definieren, „die notwendigen Ressourcen an die Schulen“ verteilen und die „autonomen Schulen unterstützen und begleiten“, aber auch „die regionalen Schulstandortkonzepte“ erstellen, „neue Standorte zu- und alte auflassen“ und schließlich „die Privatschulen akkreditieren“ – ja und das gesamte Lehrerdienstrecht dann auch noch verändern. Mit einem Wort, die Länder wollen künftig alles in der Bildungspolitik – nur nicht zahlen.

Diesem Hunger der Bundesländer nach neuen Kompetenzen im Bildungsbereich muss eine Regierung mit Zukunftsverantwortung energisch entgegentreten. Die bisherigen Erfahrungen und die neuen bildungspolitischen Ziele der Länder sollten die Regierung endlich aus ihrer Totenstarre lösen. Da ist vor allem auch der neue Finanzminister gefordert.

gen macht. Wir brauchen den nationalen Schulerschluss für die nächsten zwei Jahrzehnte für die Umsetzung hoch gesteckter Ziele.

Dazu gehören: Die besten Kindergärten – ganztätig, versteht sich – mit den bestens ausgebildeten Elementarpädagogen
Die besten Gesamtschulen – ganztätig, versteht sich – mit den talentiertesten, bestens geeigneten und bestens ausgebildeten Lehrer/innen. In beiden Fällen auch mit angemessener Bezahlung für Ganzjahresarbeitszeit wie in anderen Berufen. Die Investitionen ins Bildungswesen



Dr. Hannes Androsch
Industrieller, ehemaliger Finanzminister

Welche bildungspolitischen Probleme des derzeitigen Bildungssystems müsste man Ihrer Meinung vorrangig in Angriff nehmen? Wenn Ressourcen knapp sind, welche Prioritäten würden Sie setzen?

Alle. Die Forderungen des Bildungsvolksbegehrens sind in den wichtigsten Bereichen noch immer aktuell. Die kleinen Schritte, die von 2011 weg getan wurden, haben die seit Jahren anhaltende Abwärtsspirale nicht gewendet. Sie haben sie nicht einmal gestoppt. Wir sind weiter im Sinkflug. Wir brauchen daher endlich eine Regierung, die die Bildungsaufgaben umfassend zu einem vorrangigen Anliegen

und seine Finanzierung insgesamt werden derzeit heftig debattiert. Mehrstellige Millionenbeträge müssen jährlich eingespart werden, so die schlechten Nachrichten aus dem Finanz- und Bildungsressort. Wie sehen Sie die Lage und welche Auswirkungen hat dies auf Reformen und die Entwicklung eines neuen Steuerungssystems? Können Sie Eckpunkte eines Steuerungssystems nennen, das für Sie erfolgversprechend ist? Welche Aufgaben müssten gelöst werden, bevor man an den Entwurf eines neuen Steuerungssystems geht?

Jeder Cent, der in die Bildung investiert wird – und zwar so früh wie möglich, denn Bildung beginnt mit der Geburt – erspart ein bis fünf Euro Sozialkosten, hat gesellschaftlichen Nutzen und natürlich maximalen Bildungserfolg.

Eine zukunftsverantwortliche Regierungspolitik muss Budgetkürzungen im Bildungsbereich vermeiden können. Im Gegenteil – sie muss Wege zusätzlicher Finanzierungen finden.

Unsere Versäumnisse der Vergangenheit erlauben keine Kürzungen mehr.

Zur Vergegenwärtigung:

Rund 80.000 der 15 – 25jährigen sind jetzt schon ohne Schulabschluss, sind daher ohne Arbeit, werden größtenteils frühe Sozialfälle

25% der 15jährigen können nicht lesen, häufig auch nicht rechnen oder schreiben. Die Wirtschaft muss viel Geld investieren, um aus solchen Schulabgängern Lehrlinge zu machen.

Im Übrigen sind wir ein Volk der Nachhilfelehrer. Jährlich geben Österreichs Eltern zwischen 130 und 150 Millionen Euro für Nachhilfe aus. Eltern, die sich's leisten können.

Nichts kostet schlussendlich mehr Geld als schlechte Bildung und ein schlechtes Bildungssystem. In den Niederlanden schafft das System um 7.800 Euro je Schüler zufriedene Schüler, Lehrer und Eltern. Wir erreichen mit 9.130 Euro das Gegenteil.

Alles das haben wir 2011 auf der Agenda des Bildungsvolksbegehrens gehabt, das von nahezu

400.000 Österreichern unterschrieben wurde. Von engagierten Bürger und Bürgerinnen. Vor allem von sorgereiften Eltern. Seither ist nahezu ein halbes Jahrzehnt verstrichen. Vertane Jahre. Verlorene Jahre. Die Zukunft unserer Kinder und somit unseres Landes ist der Regierung offensichtlich nur ein müdes oder ironisches Lächeln, bestenfalls Ankündigungen wert, deren Umsetzung immer wieder verschoben wird. Neuerdings auf den 17. November 2015. Wenn dann die Bundesregierung vor den Bundesländern und den Lehrgewerkschaften wiederum in die Knie geht, droht weiterer Rückschritt.